



Einzureichen an:

Investitionsbank Sachsen-Anhalt  
Regionalentwicklung und  
Wissenschaft  
Domplatz 12  
39104 Magdeburg



**Wir beantragen bei der Investitionsbank Sachsen-Anhalt (IB) die Zuwendung aus dem Programm  
Institutionelle Förderung zum Erhalt und Betrieb des Friedrich-Ludwig-Jahn  
Museums in Freyburg (Unstrut)  
gemäß den §§ 23 und 44 der Landeshaushaltsordnung Sachsen-Anhalt in Verbindung mit dem Haushaltsplan  
2024 des Landes Sachsen-Anhalt, Kapitel 03 46 Titel 684 07**

### 1. ANGABEN DER/DES ANTRAGSTELLENDEN

#### 1.1 Allgemeine Angaben

Name		Gründungsdatum*
Straße, Hausnummer		Vorwahl/Rufnummer
PLZ	Ort	ggf. Ortsteil
Branche/Tätigkeitsbereich		Landkreis/Gemeindenummer
Ansprechpartner zum Antrag (Name, Vorname)		Vorwahl/Rufnummer/Fax
E-Mail		
Vereinsregister-Nr.		Registergericht (falls vorhanden)

Vorsteuerabzugsberechtigt?  Ja  Nein  teilweise mit  %

Ist der/die Antragstellende eine Körperschaft, die steuerbegünstigte Zwecke gemäß §§ 51-68 der Abgabenordnung verfolgt?  Ja  Nein

### 2. BEANTRAGTE ZUSCHUSSHÖHE

2.1 Zuschuss = beantragter Zuschuss  Euro

### 3. ANGABEN ZUR BANKVERBINDUNG

Ich/Wir bitte(n) um Überweisung der unter Ziffer 2 dieses Antrages aufgeführten Corona-Soforthilfe an:

IBAN				BIC (SWIFT-Code)			
Länder- code	Prüf- ziffern	Bankleitzahl	Kontonummer				
Kreditinstitut							
Kontoinhaberin/Kontoinhaber							

**4. ANTRAG AUF ABSCHLAGZAHLUNG** (Bei Bedarf bitte ankreuzen!)

Hiermit beantragen wir die Zahlung von monatlichen Abschlägen i. H. v. :

ab April: 1/12 der für die institutionelle Förderung vorgesehenen Ansätze im Haushaltsplanentwurf des Landes im Bewilligungsjahr für Personalausgaben

gemäß folgendem Zahlungsplan (in Euro):

Januar

Februar

März




Bei Überschreitung von 1/12 der vorgesehenen Ansätze im Haushaltsplanentwurf des Landes im Bewilligungsjahr bitte die Gründe für den erhöhten planmäßigen Bedarf im 1. Quartal des Bewilligungsjahres nachfolgend darlegen:

**5. ERKLÄRUNG ZUR BEIHILFERELEVANZ** (Zutreffendes bitte ankreuzen)

			ja	nein
5.1		Die geförderte Kultureinrichtung wird nicht intensiv außerhalb ihres regionalen Einzugsgebietes beworben und zieht dadurch keine Besucher aus anderen Mitgliedsstaaten an.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
5.2	(A)	Wir erklären, dass das im Rahmen des Zuschussprogrammes geförderte und zu erhaltende schriftliche Kulturgut der Öffentlichkeit <b>kostenlos</b> zugänglich gemacht wird und rein soziale, kulturelle und wissenschaftliche Zwecke erfüllt.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	(B)	alternativ:		
		Die Gesamtausgaben der Investition und für den Betrieb der Einrichtung betragen	<input type="text"/>	Euro
		Der Anteil des von Besuchern bzw. Teilnehmern erhobenen finanziellen Beitrags (ggf. zusätzlicher anderer kommerzieller Mittel) für den Betrieb der Einrichtung beträgt auf der Grundlage einer realistischen Prognose	<input type="text"/>	Euro
		Wir erklären, dass der prozentuale Anteil der kommerziellen Einnahmen nicht mehr als 50% der tatsächlichen Gesamtkosten des Betriebs der Einrichtung beträgt. Es handelt sich demnach um eine Aktivität nichtwirtschaftlicher Art. Eine Aufstellung über kommerzielle Einnahmen und Gesamtkosten, wurde dem Antrag beigefügt.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	(C)	alternativ:		
		Sind die Tätigkeiten der Einrichtungen objektiv nicht substituierbar (etwa das Führen öffentlicher Archive, die einzigartige Dokumente umfassen), so dass kein echter Markt bestehen kann? (Wenn ja, bitte weitere Ausführungen zur Besonderheit und Einzigartigkeit der angebotenen Ausstellungsstücke im Konzept vornehmen.)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

**6. DEM ANTRAG BEIZUFÜGENDE UNTERLAGEN**

Die dem Antrag beizufügenden Unterlagen entnehmen Sie bitte der zu diesem Förderprogramm gehörenden Unterlagencheckliste.

## 7. ERKLÄRUNGEN DER/DES ANTRAGSTELLENDEN

Wir erklären:

- a) Uns ist bekannt, dass ein Rechtsanspruch auf Gewährung einer Zuwendung nicht besteht, und dass wir im Falle einer Bewilligung die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur institutionellen Förderung (ANBest-I) sowie besondere für dieses Förderprogramm geltende Pflichten zu beachten haben. Die Regelungen aus den o. g. Nebenbestimmungen zur institutionellen Förderung ANBest-I werden anerkannt.
- b) Die Gesamtfinanzierung ist unter Einbeziehung des beantragten Zuschusses gesichert.
- c) Wir sind zahlungsfähig, und gegen uns steht ein (Verbraucher-) Insolvenzverfahren nicht unmittelbar bevor und ist nicht beantragt, eröffnet oder mangels Masse abgelehnt oder eingestellt worden. Wir verpflichten uns, unverzüglich der IB mitzuteilen, wenn bis zur Bewilligung dieses Antrages ein Insolvenzverfahren unmittelbar bevorstehen sollte, beantragt, eröffnet oder mangels Masse abgelehnt oder eingestellt wird.
- d) Wir versichern, dass bei Vorliegen einer Vorsteuerabzugsberechtigung nach § 15 Umsatzsteuergesetz (UStG) die angegebenen Ausgaben keine Umsatzsteueranteile enthalten.
- e) Gegen unser Unternehmen liegt keine Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer von Deutschland gewährten Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt vor, der wir nicht nachgekommen sind.
- f) Wir versichern die Richtigkeit und Vollständigkeit der von uns gemachten Angaben im Antrag sowie in den beigefügten Anlagen/Unterlagen. Wir verpflichten uns, die IB unverzüglich zu informieren, wenn Änderungen gegenüber diesen Angaben eintreten.
- g) Wir versichern, dass uns insbesondere die Nummer 3 der ANBest-I bekannt sind und die Vergabe von Aufträgen für das beantragte Vorhaben entsprechend dieser Regelungen erfolgt. Uns ist bekannt, dass das Nichtbeachten, insbesondere der Nummer 3 der ANBest-I die Ablehnung des Antrages bzw. im Falle der Bewilligung den Widerruf der Zuwendung zur Folge haben kann.
- h) Uns ist bekannt, dass die IB berechtigt ist, weitere Angaben und Unterlagen anzufordern, soweit diese für die Entscheidung erforderlich sind. Wir verpflichten uns, alle noch zur Bearbeitung dieses Antrages erforderlichen Unterlagen/Informationen/Auskünfte zu erbringen/zu erteilen. Sollten im Rahmen der Antragsbearbeitung Prüfungen an Ort und Stelle für notwendig gehalten werden, so erklären wir uns damit einverstanden.
- i) Wir entbinden die Finanzbehörden gegenüber der IB von der Pflicht zur Wahrung des Steuergeheimnisses (§ 30 Abgabenordnung). Wir geben hiermit unser Einverständnis, dass die von der IB im Bedarfsfall von den Finanzbehörden erhobenen Daten an die Strafverfolgungsbehörden weitergeleitet werden können, wenn Anhaltspunkte für ein strafrechtlich relevantes Verhalten vorliegen; insoweit befreien wir die IB ebenfalls von ihrer Pflicht zur Wahrung des Steuergeheimnisses.

Ja  Nein

## 8. EINWILLIGUNG IN DIE VERARBEITUNG PERSONENBEZOGENER DATEN

### 8.1 Hinweise zur Datennutzung

In der Anlage „Erklärung zur Datenverarbeitung“ finden Sie eine kompakte Übersicht über den Umgang der IB mit Ihren Daten sowie der Ihnen zustehenden Rechte nach der DS-GVO. Die Anlage „Erklärung zur Datenverarbeitung“ ist jeder betroffenen natürlichen Person zur Kenntnis zu geben, für die im Rahmen der Antragsbearbeitung und zur Abwicklung der Förderung die Verarbeitung personenbezogener Daten erforderlich ist.

## UNTERSCHRIFT(EN) DER/DES ANTRAGSTELLENDEN/BEVOLLMÄCHTIGTEN

Ort, Datum

Name des Unterzeichnenden (in Druckbuchstaben)

Ort, Datum

Name des Unterzeichnenden (in Druckbuchstaben)

Unterschrift (Stempel, sofern relevant)

Unterschrift (Stempel, sofern relevant)